



Antwort zur Anfrage Nr. 0269/2026

Versorgung und Unterstützung von Seniorinnen und Senioren bei einem großflächigen Stromausfall (Blackout)

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Verfügt die Stadt Mainz über ein konkretes Einsatz- und Versorgungskonzept für Seniorinnen und Senioren bei einem mehrtägigen Blackout?

Die Stadt Mainz hat nur allgemeingültige Einsatzkonzepte für alle Bevölkerungsgruppen. Spezielle Konzepte z. B. für Seniorinnen und Senioren, Menschen mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen oder für Familien mit kleinen Kindern existieren nicht.

Bei rund 225.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (davon 44.500 Personen 65 Jahre und älter) ist es der Stadt nicht möglich, allen Bedürfnissen in Form von Versorgungskonzepten gerecht zu werden. Aus diesem Grund ist die Bevölkerung aufgerufen, eigene Vorsorge zu betreiben und selbst Vorräte an Trinkwasser und den eigenen Ernährungsgewohnheiten entsprechenden Lebensmitteln anzulegen.

2. Wann wurde dieses Konzept zuletzt aktualisiert oder praktisch getestet?

Die vorhandenen Planungen und Einsatzkonzepte werden in gemeinsamen Übungen der Feuerwehr (Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehren) mit den Hilfsorganisationen, der ökumenischen Notfallseelsorge, dem Technischen Hilfswerk sowie der Polizei erprobt. Die Erkenntnisse dieser Übungen fließen dann wiederum in die Fortschreibung der Pläne ein. Zuletzt wurde im September 2025 in den Räumen des ehemaligen Impfzentrums die Räumung einer Klinik und die Verlegung der Patienten in eine durch Einheiten des Katastrophenschutzes entsprechend hergerichtete Schulsporthalle praktisch geübt.

3. Wie werden besonders schutzbedürftige Seniorinnen und Senioren im Krisenfall erfasst?

Eine Erfassung im Krisenfall ist nicht vorgesehen.

4. Wie ist die medizinische und pflegerische Versorgung bei Stromausfall sichergestellt?

Auch bei einem langanhaltenden und großflächigen Stromausfall wird versucht, die notfallmedizinische Versorgung (Rettungsdienst / Krankenhäuser) der Allgemeinheit sicherzustellen. Eine individuelle medizinische oder pflegerische Versorgung kann durch die Stadt nicht erbracht werden. Diesbezüglich stehen die jeweiligen Dienstleister (Pflegedienste, Senioren- und Pflegeheime) als sogenannte Kritische Infrastruktur selbst in der Pflicht, Vorsorge zu betreiben, um ihre Dienstleistung weiter erbringen zu können.

5. Welche Notfall- oder Wärmeanlaufstellen stehen Seniorinnen und Senioren zur Verfügung?

Für die Entgegennahme von Notfallmeldungen werden im Stadtgebiet rund 40 Notfallmeldestellen eingerichtet. Diese sollten in einem Radius von max. 1.000 m Luftlinie fußläufig zu er-

reichen sein. Wärmestuben können nur dann eingerichtet werden, wenn zumindest Teile des Stadtgebietes noch mit Strom versorgt sind. Die genauen Standorte müssen dann situationsbedingt festgelegt werden.

6. Wie erfolgt die Information älterer Menschen ohne digitale Medien?

Im Falle eines Blackouts kann eine Information der Bevölkerung nur noch über Rundfunk erfolgen. Aus diesem Grund wird empfohlen, stromunabhängige Batterie- oder Kurbelradios vorzuhalten. Bei räumlich begrenzten Stromausfällen oder sonstigen Ereignissen kann eine zusätzliche Information der Bevölkerung auch durch Fahrzeuge mit mobilen Durchsageeinrichtungen erfolgen.

7. Welche Defizite sieht die Stadt selbst in der aktuellen Vorsorge?

Das größte Defizit sieht die Stadt darin, dass aufgrund einer hohen Erwartungshaltung an den Staat die Selbsthilfefähigkeit in der Bevölkerung und ihre eigene Vorsorge für Notsituationen immer weiter zurückgehen. Seniorinnen und Senioren sind aufgrund ihrer allgemeinen Lebenserfahrung wahrscheinlich noch am ehesten in der Lage, sich zu helfen oder in Notsituationen zu improvisieren.

Bei den jüngeren Bevölkerungsschichten schwinden diese Fähigkeiten allerdings zusehends. Diese Defizite flächendeckend zu kompensieren ist nicht die Aufgabe des staatlichen Katastrophenschutzes, der weitestgehend von ehrenamtlichen Hilfskräften gestemmt wird. Dieser kann und muss sich in Katastrophenlagen mit seinen eingeschränkten Ressourcen auf wichtige Kernaufgaben in der Gefahrenabwehr konzentrieren. Resilienz und Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung und deren gegenseitige Unterstützung sind unerlässlich.

Mainz, 31. März 2026

gez.

Nino Haase
Oberbürgermeister